WP-05-239-2 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: Ruth Seidl (KV Heinsberg)

Änderungsantrag zu WP-05

Von Zeile 239 bis 244:
Die Eingliederungshilfe ~~ist eine der am schnellsten wachsenden kommunalen Transferleistungen und trägt erheblich zur strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen bei. Die Eingliederungshilfe ist für die Kommunen mit erheblichen und weiter steigenden Kosten verbunden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich dauerhaft und verlässlich an ihrer Finanzierung beteiligt und die Kommunen strukturell entlastet.~~sichert Menschen mit Behinderungen gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.Zugleich führt die dynamische Entwicklung von Bedarfen und Kosten zu erheblichen und weiter steigenden Belastungen für die Kommunen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich dauerhaft, verlässlich und dynamisch an der Finanzierung der Eingliederunghshilfe beteiligt. Diese Beteiligung muss die Kommunen strukturell entlasten, damit Teilhabeleistungen personenzentriert und bedarfsdeckend erhalten bleiben.

Begründung

Der Text beginnt mit dem Zweck der Eingliederungshilfe – Teilhabe und Selbstbestimmung – und verbindet ihn anschließend mit der kommunalen Finanzierungsfrage. Die dynamische Bundesbeteiligung adressiert Kostensteigerungen, ohne Menschen mit Behinderungen auf einen Kostenfaktor zu reduzieren.

Unterstützer*innen

Volker Spelthann (KV Köln); Andreas Blanke (KV Wesel); Uwe Marold Warnecke (KV Düsseldorf); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Andreas Kanschat (KV Mettmann); Johannes Jürgen Tuschen (KV Wesel); Sabrina Grübener (KV Heinsberg); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Irina Prüm (KV Leverkusen); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Thor Zimmermann (KV Köln); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Martin Kresse (KV Rhein-Kreis-Neuss); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Marie Niermann (KV Köln); Martina Witt (KV Düsseldorf); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Anja Lamodke (KV Bonn); Eva Christiane Kuzu (KV Bonn)